



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

20.01.2022
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Schaffung von Beschwerdestellen für Konflikte bei der Nutzung von Gemeinschaftsunterkünften, inklusive Erstaufnahmeeinrichtungen**

Einzelplan 08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 64
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Antidiskriminierung

Veränderung
von **um** auf

Leistungsplan:

| Beträge in 1.000 EUR | | | |
|-------------------------|---------|----------|---------|
| Gesamtkosten | 1.085,0 | +2.160,0 | 3.245,0 |
| Produktabgeltung | 1.085,0 | +2.160,0 | 3.245,0 |

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Spätestens seit den Protesten der Bewohner*innen der Gemeinschaftsunterkunft in Frankfurt-Bonames im Sommer 2020 sind die Missstände in Hessischen Unterkünften für Asylbewerber*innen und Geflüchtete bekannt. Bei einer steigenden Belegungszahl in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen wird zudem etwa am Standort Gießen auf Leichtbauhallen ausgewichen um Bewohner*innen unterzubringen.

Asylsuchende und Geflüchtete müssen menschenwürdig untergebracht werden. Neben Mindeststandards und einem Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte sind unabhängige Beschwerdestellen essentiell um eine bedarfsgerechte Unterbringung zu garantieren. In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits seit 2015 ein Konzept für „Beschwerdemanagement und ‚Task Force‘ in Unterbringungseinrichtungen für Flüchtlinge des Landes Nordrhein-Westfalen“, welches in Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden, NGOs und Fachreferaten ausgearbeitet wurde und nun eine Beschwerdestelle pro Aufnahmeeinrichtung vorsieht. Das Land Hessen sollte sich dieser Praxis anschließen und flächendeckend Beschwerdestellen in allen Gebietskörperschaften, sowie an allen Standorten der EAE einrichten.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske